

Staatsverweigerer in der Schweiz – eine empirische Annäherung

1. Terminologie

Auch in der Schweiz zieht das Phänomen der Staatsverweigerer zunehmend die öffentliche und mediale Aufmerksamkeit auf sich (u.a. Gerny 2022, Lippert 2023); dies, obwohl im Gegensatz zu Deutschland hier bislang keine gewaltsamen Ereignisse auf Personen dieser Szene zurückgehen. In Deutschland hingegen hat es solche Ereignisse gegeben, so bspw. im Oktober 2016, als im bayerischen Georgensmünd ein Polizist von einem Reichsbürger erschossen wurde. Die Gefährlichkeit der Gruppierung wurde zudem im Dezember 2022 deutlich, als im Rahmen einer Razzia ein Netzwerk um die Person von Heinrich XIII. Prinz Reuß identifiziert wurde, das einen gewaltsamen Sturz der bundesdeutschen Regierung plante.

In Deutschland hat sich zur Bezeichnung der Gruppierung der Begriff der Reichsbürger bzw. Selbstverwalter durchgesetzt. Bereits in den 1970er und 1980er Jahren gab es, auf einzelne Personen wie Wolfgang Gerhard Günter Ebel oder Manfred Roeder zurückgehende Aktivitäten, die die Grundlage der heutigen Reichsbürgerbewegung bildeten (vgl. Rathje 2021). Erklärtes Ziel war die Wiederherstellung der Handlungsfähigkeit des Deutschen Reichs vor 1945; die Bundesrepublik wurde als eine illegale Vereinigung betrachtet, die als Deckmantel einer «jüdischfreimaurerischen Verschwörung» diente. Folglich müssten Reichsbürger weder Steuern und Gebühren noch Buss- oder Ordnungsgelder an die Bundesrepublik zahlen; eigene Dokumente wie Reisepässe und Führerscheine wurden in Umlauf gebracht. Verschiedene dieser Ideen bzw. Aktivitäten leben in der heutigen Bewegung fort.

Die in Deutschland gebräuchliche Terminologie der Reichsbürger/Selbstverwalter verweist auf Gruppierungen oder Einzelpersonen, die die Existenz der Bundesrepublik Deutschland und deren Rechtssystem ablehnen und den demokratisch gewählten Repräsentanten die Legitimation absprechen. Es handelt sich um eine heterogene Bewegung, deren kleinster gemeinsamer Nenner in der Ablehnung des Rechtsstaates zu finden ist. Selbstverwalter erachten dabei ein Gebiet, in dem sie leben, als nicht zur Bundesrepublik Deutschland zugehörig und verwalten dieses als autonomen Staat; der Bezug zum «Deutschen Reich» ist dabei nicht notwendigerweise gegeben.

Insbesondere der Begriff Reichsbürger scheint mit Blick auf die Schweiz weniger passend, weil der Bezugspunkt Deutsches Reich hier nicht bedeutsam ist. Damit ist nicht gesagt, dass nicht bspw. Reichsbürger aus Deutschland in der Schweiz aktiv sind, weil sie ihren Wohnort hierhin verlegt haben. Ein alternativer Begriff ist der Begriff «verschwörungsideologischer Souveränismus» (Rathje 2021), der beinhaltet, dass die individuelle Souveränität bzw. die Souveränität der Eigengruppe gegen die herrschende gesellschaftliche und politische Ordnung hergestellt werden müsste; diese Ordnung wird als Ergebnis einer Verschwörung betrachtet. Mittlerweile gebräuchlicher ist allerdings der Begriff der Staatsverweigerer. Diesen ist gemein, «dass sie das geltende Recht ablehnen bzw. als für sie nicht geltend erklären und den Staat als solchen nicht anerkennen. Verbunden werden diese Theorien und Denkweisen oft mit esoterischen Themen und diversen Verschwörungstheorien, wie etwa, dass es sich bei Staaten in Wirklichkeit um Firmen handelt»; Staatsverweigerer lehnen jegliche staatliche Autorität ab

(Hamedinger 2020, S. 37/38). Gerade im Zuge der Corona-Pandemie und der zu deren Eindämmung verhängten Massnahmen hat sich in der Schweiz diese Szene zunehmend vernetzt und ist sichtbarer geworden. Empirische Forschung gibt es zu dieser Szene bislang jedoch kaum.

2. Phänomenologie

Für das Jahr 2021 weist das Bundesministerium des Innern und für Heimat (2022, S. 103) in Deutschland 21'000 Personen aus, die der Reichsbürger/Selbstverwalter-Szene zugerechnet werden, die seit 2016 Beobachtungsobjekt der Verfassungsschutzbehörden des Bundes und der Länder ist; in der Schweiz wird die Gruppierung bislang hingegen nicht vom Nachrichtendienst des Bundes beobachtet, weil kein eindeutiger Bezug zu einer gewalttätigen Extremistenszene gegeben ist. Zahlen zur Schweiz liegen daher bislang nicht vor; verschiedene Schätzungen reichen von 300 Personen (SRF 2018) bis zu 10'000 Personen (Lippert 2023); für Österreich findet sich eine Schätzung von 2'500 Personen (Goertz 2021). Auf Basis der deutschen Zahlen lässt sich mindestens dreierlei zu dieser Szene festhalten: Erstens kann sie nicht als genuin rechtsextrem bezeichnet werden; von den 21'000 Reichsbürgern/Selbstverwaltern werden nur ca. eintausend Personen als rechtsextrem eingestuft; d.h. es handelt sich in Teilen um eine eigenständige ideologische Gruppierung. Zweitens ist die ausgewiesene Anzahl an Personen der Szene wohl nur eine Minimalschätzung, insofern auf Social-Media-Plattformen wie Telegram offene Reichsbürger-Kanäle teilweise mehr als 60'000 Abonnenten aufweisen (Rathje 2021). Drittens zeichnet sich eine Affinität der Szene zu Schusswaffen ab, die bisweilen ein staatliches Handeln nötig macht: Seit 2016 wurden über eintausend Szeneangehörigen ihre waffenrechtlichen Erlaubnisse entzogen (Bundesamt für Verfassungsschutz, n.d.).

Innerhalb der Gruppe der Reichsbürger/Selbstverwalter in Deutschland lassen sich verschiedene Subgruppen unterscheiden (Keil 2018). Dies sind erstens Rechtsextremisten und Geschichtsrevisionisten. Zweitens finden sich Querulanten hier wieder, die sich weniger für die Ideologie interessieren und stattdessen in der Ablehnung des Staates einen Ansatzpunkt für ihren persönlich motivierten Behördenkrieg sehen. Drittens werden die Mitläufer unterschieden, die der Ideologie folgen, um Steuern zu sparen, ihrer Schuldenlast zu entkommen usw., also eher instrumentell motiviert sind. Zusätzlich gibt es viertens ausgeprägte Verschwörungstheoretiker in der Szene ebenso wie fünftens psychisch kranke Personen. Sechstens sind die Milieumanager bzw. Profiteure zu benennen, die mit der Ideologie Geld verdienen, u.a. indem sie Dokumente ausstellen, Rechtsberatung anbieten, eigene Verkaufsplattformen betreiben usw.; diese Milieumanager sind sehr bedeutsam für die Stabilisierung der Bewegung, weil sie ein hohes materielles Interesse daran haben, dass sich ihr möglichst viele Menschen anschliessen.

In der Schweiz ist noch wenig über die Phänomenologie der Staatsverweigerer bekannt. Aber auch hier dürfte es verschiedene der genannten Gruppen geben. Bislang noch nicht eigens unterschieden wird eine Gruppe der Staatsverweigerer, die neben verschwörungstheoretischen, demokratiefeindlichen Haltungen zusätzlich eine Gewaltbereitschaft aufweist und damit als extremistisch charakterisiert werden kann (und deshalb vom Nachrichtendienst des Bundes zu beobachten wäre).

Aus Deutschland liegen neben Befunden zu Subgruppen auch weitere bedeutsame Befunde zu Reichsbürgern bzw. Selbstverwaltern vor. So handelt es sich in vier von fünf Fällen um männliche Personen; das durchschnittliche Alter ist mit etwa 50 Jahren recht hoch, weshalb auch von der «Radikalisierung der zweiten Lebenshälfte» gesprochen wird (Keil 2017). Die Entwicklung bzw. Radikalisierung wird u.a. mit einer konflikttheoretischen Perspektive erklärt (Keil 2021): Die Personen leben die erste Hälfte ihres Lebens mehr oder weniger unbehelligt und hatten keinerlei Probleme; aufgrund bspw. eines finanziellen Konflikts (offene Zahlungen oder Steuern) suchen sie im Internet und den Sozialen Medien nach Informationen, stossen dabei auf die Ideologie der Reichsbürger/Selbstverwalter, die Verschwörungstheorien und damit Schuldige für die eigene missliche Situation benennt; dies wiederum führt zur Weigerung, den Verpflichtungen nachzukommen und damit zu weiteren Konflikten mit Banken, Behörden usw. Dies verstärkt den Eindruck, gegen diese im Recht zu sein; es wird sich immer stärker an der Ideologie und den neu-aufgebauten sozialen Kontakten des Reichsbürger-Milieus orientiert, was letztlich zum Aufbau einer entsprechenden Identität führt.

In diesem Prozess werden verschiedene Verhaltensweisen gezeigt (u.a. Goertz 2021). Die typische Aktionsform ist die Vielschreiberei, auch Papierterrorismus genannt. Es werden ausufernde, pseudojuristische Schreiben verfasst, in denen die Weigerung, Bussen, Steuern usw. zu zahlen, begründet wird. Eine nächste Eskalationsstufe ist, wenn die unmittelbare Konfrontation durch Anrufe oder das persönliche Erscheinen bei Behörden erfolgt. Auch die Einschüchterung der Behörden mittels Finanzforderungen (sog. Malta-Masche) zeigt sich immer wieder, wie auch das Erstellen von Fantasiedokumenten. Primäres Ziel der Aktionsformen ist, die Arbeit der Behörden zu blockieren.

Obwohl es sich bei den Aktionsformen meist nicht um Gewalt handelt, wenn überhaupt, dann um verbal aggressives Verhalten, ist eine weitere Eskalation hin zu physischen Gewalthandlungen nicht auszuschliessen. So ist die Position der Ablehnung des Staates und des Rechtssystems mit einem Anspruch auf Selbstverteidigung gekoppelt. Gerade im Zuge von Vollstreckungshandlungen können dann weitere Gewalthandlungen gegen die vollstreckenden Personen zur Anwendung kommen. Zudem ist das verschwörungstheoretische Denken, dass in der Szene anzutreffen ist, problemverschärfend. Dieses Denken trennt zwischen Freund und Feind, womit eine Abwertung des Feindes und damit auch die Legitimation der Gewaltanwendung gegenüber diesem Feind einhergeht. Staatsverweigerer mögen daher bisweilen skurril und harmlos wirken; eine Gefahr auch schwerer physischer Gewalt geht, wird zusätzlich die Affinität zu Schusswaffen berücksichtigt, zweifellos von dieser Personengruppe aus.

3. Befunde von Befragungsstudien

In Deutschland wurde kürzlich im Rahmen einer Befragungsstudie der Konrad-Adenauer-Stiftung die Verbreitung von Reichsbürger-affinen Einstellungen untersucht (Hirndorf 2023).¹ In die Studie wurden 5'511 ab 16-jährige Personen einbezogen, die telefonisch befragt wurden. Ein Hauptergebnis war, dass jeder 20. Deutsche Reichsbürger-affine Einstellungen aufweist. Diese wurden allerdings nur über die Zustimmung zu einer einzigen Aussage erfasst, die lautete: «Deutschland wird immer noch von den Besatzungsmächten regiert.» Die zustimmenden Befragten waren durchschnittlich etwas älter, zu zwei Drittel männlich und wiesen einen geringeren Bildungsabschluss auf. Zudem zeigten sich folgende wichtige Befunde:

¹ Der Erhebungszeitraum reichte von 1. Dezember 2021 bis zum 11. April 2022.

- Reichsbürger-affine Personen weisen eine höhere Gewaltaffinität auf: Jeweils 16 % erachteten Sachbeschädigung oder Gewalt gegen Personen als «voll und ganz gerechtfertigt» zur Durchsetzung politischer Ziele; in der Gesamtstichprobe lag dieser Anteil bei lediglich 2 %.
- 23 % der affinen Personen stimmten der Aussage «Mir ist egal, was der Staat regelt. Ich habe meine eigenen Regeln.» voll und ganz zu; in der Gesamtstichprobe lag der Anteil bei 4 %.
- Das Misstrauen gegenüber staatlichen Institutionen wie Regierung oder Polizei ist bei den Reichsbürger-affinen Personen deutlich ausgeprägter als im Gesamtdurchschnitt. Zugleich fällt die Zustimmung zu Verschwörungstheorien deutlich höher aus.
- In Bezug auf verschiedene Aussagen kann zudem belegt werden, dass Reichsbürger-affine Personen rechtsextremen Positionen (u.a. Antisemitismus, Islamophobie, Ausländerfeindlichkeit) stärker zustimmen als die Gesamtbevölkerung.

Für die Schweiz liegen bislang zur Reichsbürger- oder Staatsverweigerer-Thematik keine Ergebnisse von standardisierten Befragungen vor. Eine genuin diese Szene untersuchende, quantitative Studie gibt es derzeit noch nicht. Allerdings ermöglichen zwei repräsentative Befragungsstudien aus den Jahren 2018 und 2021 (vgl. Baier et al. 2022) eine Annäherung an die Thematik – freilich mit Limitationen. Die Befragung des Jahres 2018 erfolgte als schriftliche, postalische Befragung in den Monaten Februar und März, die Befragung des Jahres 2021 als Online-Befragung in den Monaten Mai und Juni. Um zu einer repräsentativen Stichprobe zu gelangen, wurden verschiedene Wege beschritten: Im Jahr 2018 wurden schweizweit per Zufall Adressen gezogen; dies erfolgte durch ein Marketing-Unternehmen, wobei insgesamt 10'749 Adressen bzw. Personen in die Stichprobe einbezogen wurden. Im Jahr 2021 wurde auf das Panel des Markt- und Sozialforschungsunternehmens LINK zurückgegriffen, wobei 18'686 Einladungen verschickt wurden. An der Befragung des Jahres 2018 beteiligten sich letztlich 2'111 Personen, was einer Rücklaufquote von 20,1 % entspricht, an der Befragung des Jahres 2021 3'010 Personen (Rücklaufquote 16,1 %). Bei beiden Befragungen entsprach die sozio-demografische Zusammensetzung nicht exakt der Zusammensetzung der Grundgesamtheit, weshalb eine Anpassungsgewichtung an die Alters- und Geschlechtsverteilung der Schweizer Bevölkerung erfolgte. Alle hier präsentierten Auswertungen erfolgen anhand gewichteter Daten.

Die Befragungen können hinsichtlich der sozio-demografischen Zusammensetzung wie folgt beschrieben werden. Der Anteil weiblicher Befragter beträgt in der Stichprobe des Jahres 2018 50,4 %, in der Stichprobe des Jahres 2021 49,1 %, was ein nicht signifikanter Unterschied ist. Beide Stichproben unterscheiden sich allerdings signifikant hinsichtlich des Alters, des Anteils an Personen mit Migrationshintergrund und der Bildung. Im Jahr 2018 waren die Befragten durchschnittlich älter (49.25 zu 46.80 Jahre²), es wurden mehr Personen mit Migrationshintergrund³ erreicht (22,2 zu 16,5 %) und mehr Personen mit hohem Bildungsabschluss (Tertiärabschluss; 54,9 zu 47,4 %).

² Dieser Altersunterschied ist aber der Tatsache geschuldet, dass in die Stichprobe 2018 ab 18- bis 85-jährige einbezogen wurden, in die Stichprobe 2021 ab 16- bis 80-jährige.

³ Um den Migrationshintergrund zu bestimmen, wurde das Geburtsland und die Staatsangehörigkeit herangezogen; sobald ein Geburtsland ausserhalb der Schweiz oder eine nicht-schweizerische Staatsangehörigkeit (ggf. zusätzlich zur Schweizer Staatsangehörigkeit) berichtet wurde, wird von einem Migrationshintergrund ausgegangen.

In beiden Befragungen wurden verschiedene Einstellungen erhoben (vgl. Baier 2022); eine explizite Erhebung staatsverweigernder Einstellungen erfolgte jedoch nicht. Um diese dennoch abbilden zu können, werden verschiedene Items herangezogen, die entsprechend der Definition von Staatsverweigerern zwei Dimensionen abbilden: die Dimension der Demokratie- bzw. Staatsablehnung und die Dimension der Zustimmung zu Verschwörungstheorien. Für die Messung der ersten Dimension wurden vier Items herangezogen, die in Tabelle 1 dargestellt sind; allen Items konnte von «1 – stimmt gar nicht» bis «6 – stimmt völlig» zugestimmt werden. Die ersten beiden Items zur Demokratieablehnung stellen sog. Umkehritems dar, d.h. hier steht eine geringe Zustimmung für eine Ablehnung; für die Auswertungen wurden die Items so umkodiert, dass hohe Werte für eine hohe Ablehnung stehen. Die beiden Items zur Staatsablehnung stammen ursprünglich aus einem Instrument zur Messung von Kommunismus/Anarchismus und damit zur Messung linker Einstellungen (Baier 2019). Sie bilden aber zusammen mit den Items zur Demokratieablehnung eine ausreichend reliable Skala, weshalb sie zusammen mit diesen herangezogen werden können, um «Demokratie-/Staatsablehnung» zu operationalisieren. Die Mittelwerte zu allen Items liegen deutlich unter dem theoretischen Mittelwert von 3.5; d.h. nur ein kleiner Anteil der Befragten ist ablehnend Demokratie und Staat gegenüber eingestellt.

Um die Zustimmung zu Verschwörungstheorien zu erfassen, kann das Instrument zur Erfassung von Verschwörungsmentalität von Imhof (2014) herangezogen werden, das ursprünglich aus fünf Items besteht. Für die Befragungen wurden drei Items ausgewählt, die zusammen eine reliable Skala ergeben. Die zweite Aussage («geheime Organisationen») erhält die stärkste Zustimmung – auch bei diesen Items reichten die Antwortvorgaben von «1 – stimmt gar nicht» bis «6 – stimmt völlig». Bei allen Items liegt der Mittelwert aber unter dem theoretischen Mittelwert; Verschwörungsmentalitäten finden sich mithin bei der Minderheit der Bevölkerung.

Tabelle 1: Erfassung staatsverweigernder Einstellungen (Befragung 2018 und 2021 kumuliert; in Klammern: Werte für 2018/2021; «-» Umkehritem; abgebildet sind die Mittelwerte der umkodierten Items; gewichtete Daten)

		Mittelwert	Cronbachs Alpha
Demokratie-/Staatsablehnung	Alles in allem bin ich mit der Demokratie, wie sie in der Schweiz besteht, zufrieden. (-)	2.18	.69 (.67/.70)
	Die Demokratie ist die beste Staatsform. (-)	1.95	
	Wir brauchen keinen Staat und keine Parteien; wir können uns selbst am besten regieren.	1.76	
	Wirklich frei können wir nur dann sein, wenn der ganze Staat abgeschafft wird.	1.54	
Verschwörungsmentalität	Die meisten Menschen erkennen nicht, in welchem Ausmass unser Leben durch Verschwörungen bestimmt wird, die im Geheimen ausgeheckt werden.	2.57	.77 (.74/.77)
	Es gibt geheime Organisationen, die grossen Einfluss auf politische Entscheidungen haben.	3.11	
	Politiker und andere Führungspersönlichkeiten sind nur Marionetten der dahinterstehenden Mächte.	2.97	

Aus den Items der jeweiligen Skalen wurden Mittelwertskalen gebildet. Für die Demokratie-/Staatsablehnung beträgt der Mittelwert der kumulierten Stichprobe 1.87, für die Verschwörungsmentalität 2.89. Verschwörungsmentalitäten sind also weiter verbreitet als demokratie-

/staatsablehnende Einstellungen.⁴ Im Zeitverlauf ergibt sich für die Demokratie-/Staatsablehnung keine Veränderung (Mittelwert 2018: 1.88, 2021: 1.87); die Verschwörungsmentalität geht hingegen signifikant zurück (Mittelwert 2018: 3.15, 2021: 2.71; $p < .001$). Beide Einstellungen korrelieren moderat signifikant miteinander ($r = .39$; 2018: $r = .34$, 2021: $r = .43$; $p < .001$).

Um mit Hilfe der beiden Skalen den Anteil an staatsverweigernd eingestellten Befragten zu bestimmen, wurde wie folgt vorgegangen: Befragte, die sich durchschnittlich zustimmend zu beiden erfassten Dimensionen äusserten (Demokratie-/Staatsablehnung > 3.5 und Verschwörungsmentalität > 3.5) werden als «staatsverweigernd eingestellt» klassifiziert. Befragte, die beide Dimensionen ablehnen (Demokratie-/Staatsablehnung < 3.5 und Verschwörungsmentalität < 3.5), werden als «demokratisch eingestellt» eingestuft. Alle anderen Befragten, die also einerseits nur einer Dimension zustimmten, der anderen nicht, oder die andererseits Mittelwerte von genau 3.5 aufwiesen, wurden als «ambivalent eingestellt» eingestuft. Entsprechend Tabelle 2 gilt, dass die kumulierte Stichprobe betrachtet, 1,9 % der Befragten als staatsverweigernd eingestellt eingestuft werden; demgegenüber sind 66,6 % der Befragten demokratisch eingestellt. Eine recht grosse Befragtengruppe (31,5 %) wird als ambivalent klassifiziert. Alle Gruppen unterscheiden sich signifikant voneinander ($p < .001$) hinsichtlich der beiden Skalen Demokratie-/Staatsablehnung und Verschwörungsmentalität, was aufgrund der Gruppenbildung zu erwarten war. Staatsverweigernd eingestellte Befragte weisen einen Mittelwert von 4.34 bei der Demokratie-/Staatsablehnung und einen Mittelwert von 4.78 bei der Verschwörungsmentalität auf. Im Vergleich der beiden Befragungszeitpunkte ergibt sich eine signifikante Veränderung ($p < .001$): Der Anteil demokratisch eingestellter Personen steigt von 62,6 auf 69,4 %; parallel dazu steigt der Anteil staatsverweigernd eingestellter Personen von 1,3 auf 2,4 %. Es deutet sich damit eine Art Polarisierung an.

Tabelle 2: Einstellungsgruppen nach Befragungszeitpunkt (gewichtete Daten)

	Anteil in %	Mittelwert Demokratie-/Staatsablehnung	Mittelwert Verschwörungsmentalität	Anteil in % 2018	Anteil in % 2021
demokratisch eingestellt	66.6	1.65	2.25	62.6	69.4
ambivalent eingestellt	31.5	2.19	4.14	36.1	28.2
staatsverweigernd eingestellt	1.9	4.34	4.78	1.3	2.4

Tabelle 3 beschreibt die verschiedenen Einstellungsgruppen entlang ausgewählter sozio-demografischer Merkmale. Dabei zeigt sich, dass sich die Gruppen nicht hinsichtlich des Anteils männlicher Befragter bzw. des Anteils an Befragten mit Migrationshintergrund unterscheiden. Insbesondere mit Blick auf das Geschlecht ist dies etwas überraschend, weil davon ausgegangen wird, dass männliche Personen häufiger zu Reichsbürgern oder Staatsverweigerern gehören. Möglicherweise ist es aber der Fall, dass männliche Staatsverweigerer häufiger durch ihr Auftreten (also durch Verhalten) in Erscheinung treten; anscheinend gibt es aber auch ähnlich viele Frauen, die zumindest entsprechende Einstellungen aufrechterhalten.

Für alle anderen in Tabelle 3 dargestellten Merkmale finden sich signifikante Unterschiede zwischen den Einstellungsgruppen. Dabei überrascht ebenfalls, dass staatsverweigernd eingestellte Befragte signifikant jünger sind als die anderen beiden Gruppen: Das

⁴ Von allen Befragten weisen 2,8 % einen Mittelwert über 3.5 auf der Skala «Demokratie-/Staatsablehnung» auf; demgegenüber haben 30,8 % der Befragten einen Mittelwert über 3.5 auf der Skala «Verschwörungsmentalität».

Durchschnittsalter liegt bei 41.48 Jahren. Denkbar ist, dass im Gegensatz zu Deutschland die Staatsverweigerer-Szene in der Schweiz eher jünger ist. Zum Bildungsstand zeigen sich hingegen erwartbare Befunde: Staatsverweigernd eingestellte Personen weisen deutlich seltener ein hohes Bildungsniveau auf (25,0 % haben die höhere Berufs- bzw. Hochschulausbildung absolviert), dafür häufiger nur eine obligatorische Schulbildung. Staatsverweigernd eingestellte Personen finden sich etwas häufiger in der Westschweiz als in anderen Teilen der Schweiz. Ihre ökonomische Lage ist dabei häufiger prekär: 15,6 % gaben an, derzeit arbeitslos zu sein oder Arbeitslosengeld/Sozialhilfe zu beziehen; 33,7 % attestierten sich eine eher schlechte ökonomische Lage.⁵ Beide Anteile sind deutlich höher als bei demokratisch eingestellten Personen. Zuletzt berichteten staatsverweigernd eingestellte Befragte auch häufiger, in den letzten zwölf Monaten nicht mit einer Partnerin oder einem Partner zusammengelebt zu haben, was auf eine etwas stärker ausgeprägte soziale Isolation hindeutet.

Tabelle 3: Sozio-demografische Merkmale nach Einstellungsgruppe (Befragung 2018 und 2021 kumuliert; «n.s.» nicht signifikant bei $p < .05$; gewichtete Daten)

	demokratisch eingestellt (1)	ambivalent eingestellt (2)	staatsverweigernd eingestellt (3)	p
Anteil männlich (in %)	51.0	50.6	54.7	n.s.
Alter in Jahren	47.72	48.48	41.48	< .001
Anteil Migrationshintergrund (in %)	18.3	20.0	24.5	n.s.
Anteil Bildung tief - obligatorische Schule (in %)	3.4	6.8	14.1	< .001
Anteil Bildung hoch - Tertiärstufe (in %)	54.9	44.3	25.0	< .001
Sprachregion Deutschschweiz (in %)	71.4	72.1	60.0	< .001
Sprachregion Westschweiz (in %)	24.8	22.2	37.9	< .001
arbeitslos, Bezug von Arbeitslosengeld/Sozialhilfe (in %)	3.0	4.5	15.6	< .001
subjektiv schlechte ökonomische Lage (in %)	4.2	10.8	33.7	< .001
keinen Lebenspartner in letzten 12 Monaten (in %)	21.2	22.2	33.0	< .05

Die Befragungen, die den hier vorgestellten Auswertungen zugrunde liegen, stellen Viktimisierungsbefragungen dar, deren primäres Anliegen darin bestand, Befunde zu Kriminalitäts-Opfererfahrungen zu erarbeiten. Aus diesem Grund wurden nur wenige Einschätzungen erfasst, die für eine Analyse staatsverweigernd eingestellter Personen von Interesse sein könnten. In Tabelle 4 sind Auswertungen für jene Einschätzungen abgebildet, die diesbezüglich von Bedeutung sein könnten. Zunächst werden dabei vier als rechte Einstellungen einstuftende Einschätzungen betrachtet. Zur Messung wurden dabei jeweils zwei Items eingesetzt, denen von «1 – stimmt gar nicht» bis «6 – stimmt völlig» zugestimmt werden konnte; Mittelwerte über 3.5 wurden als Zustimmung eingestuft.⁶ Über die Hälfte der als staatsverweigernd eingestellten

⁵ Um diese zu messen, kamen zwei Items zum Einsatz: «Wie beurteilen Sie Ihre aktuelle wirtschaftliche Lage?» (Antwortvorgaben: von «1 – sehr schlecht» bis «5 – sehr gut») und «Wie kommen Sie in Ihrem Haushalt mit dem Geld zurecht, das Ihnen und Ihrer Familie monatlich zur Verfügung steht?» (Antwortvorgaben: ebenfalls von «1 – sehr schlecht» bis «5 – sehr gut»). Aus den Items wurde der Mittelwert gebildet; Befragte mit einem Mittelwert unter 3.00 weisen eine eher schlechte ökonomische Lage auf.

⁶ Die Einstellungen wurden mit folgenden Items erfasst: Nationalismus wurde mit den Items «Die Schweiz sollte allein den Schweizern gehören, die schon seit vielen Generationen hier leben» und «Wir müssen Schweizer Interessen gegenüber dem Ausland hart und energisch durchsetzen», Muslimfeindlichkeit mit den Items «Muslimen sollte die Zuwanderung in die Schweiz untersagt werden» und «Muslimen sollte jede Form der Religionsausübung in der Schweiz untersagt werden», Ausländerfeindlichkeit mit den Items «Wenn Arbeitsplätze knapp werden, sollte man die in der Schweiz lebenden Ausländer wieder in ihre Heimat zurückschicken» und «Es leben zu viele Ausländer in der Schweiz» und Homophobie mit den Items «Homosexualität ist unmoralisch» und «Ehen zwischen zwei Frauen bzw. zwei Männern sollten erlaubt sein». Das letztgenannte Item ist wiederum ein Umkehr-Item, das für die Auswertungen umkodiert wurde.

Befragten stimmen den Ergebnissen entsprechend nationalistischen Aussagen (51,7 %) bzw. ausländerfeindlichen Aussagen (51,1 %) zu; bei den demokratisch eingestellten Befragten fällt der Anteil deutlich niedriger aus. Zudem sind 36,3 % der staatsverweigernd eingestellten Befragten muslimfeindlich, 22,6 % homophob; auch hier zeigen sich deutlich niedrigere Anteile bei den demokratisch eingestellten Befragten. Diese Befunde stützen die Aussage, dass das staatsverweigernde Milieu eher dem rechten Denken zugeneigt ist. Zusätzlich in Tabelle 4 abgebildet ist, ob sich die demokratisch eingestellten Befragten (Gruppe 1) bzw. die ambivalent eingestellten Befragten (Gruppe 2) signifikant von den staatsverweigernd eingestellten Befragten unterscheiden, wenn sämtliche in Tabelle 3 dargestellten sozio-demografischen Merkmale berücksichtigt werden.⁷ Dadurch kann geprüft werden, ob für gefundene Unterschiede ggf. andere Merkmale und nicht die Gruppenzugehörigkeit verantwortlich sind. In Bezug auf die ersten drei Einstellungen zeigt sich dabei, dass sich demokratisch und staatsverweigernd eingestellte Befragte auch unter Kontrolle sozio-demografischer Merkmale signifikant unterscheiden, ambivalent und staatsverweigernd eingestellte Befragte hingegen nicht. Mit Blick auf die Homophobie gilt hingegen, dass sich sowohl demokratisch eingestellte Befragte als auch ambivalent eingestellte Befragte signifikant von staatsverweigernd eingestellten Befragten unterscheiden.

Ein sehr starker Zusammenhang findet sich daneben mit der Gewaltbereitschaft. Hier wurden den Befragten insgesamt vier Aussagen zur Beantwortung vorgelegt, die eine spezifisch extremistische Gewaltbereitschaft erfassten.⁸ Von den staatsverweigernd eingestellten Befragten stimmten diesen Aussagen im Mittel 36,2 % zu, von den demokratisch eingestellten Befragten hingegen nur 3,2 %. Dieser Befund unterstreicht die Gefährlichkeit der Staatsverweigerer-Szene, die Gewalt als Mittel der Durchsetzung politischer Ziele häufiger akzeptiert. Auch hier gilt, dass sich demokratisch und ambivalent eingestellte Befragte unter Kontrolle sämtlicher sozio-demografischer Merkmale signifikant von staatsverweigernd eingestellten Befragten unterscheiden.

Wiederholt wurde vermutet, dass Staatsverweigerer eine hohe Affinität zu Schusswaffen besitzen. Die in Tabelle 4 dargestellten Befunde können dies nicht bestätigen. Die Befragten wurden gebeten, anzugeben, ob sie selbst eine Schusswaffe besitzen, die keine Militärwaffe ist. Militärwaffen wurden explizit ausgeschlossen, weil diese generell häufiger in Haushalten vorkommen. Nicht-militärische Schusswaffen finden sich dagegen selten in den Haushalten – zwischen 3,2 und 4,5 % der Befragten gaben dies an; signifikante Unterschiede zwischen den Gruppen gibt es bzgl. dieses Merkmals nicht.

Staatsverweigernd eingestellte Befragte sprechen sich allerdings signifikant häufiger für die Todesstrafe aus, sind also besonders punitiv eingestellt. Zudem gaben sie signifikant häufiger an, der Polizei nicht zu vertrauen. Die Befragten konnten hier mit «ja» oder «nein» mitteilen, ob sie der Polizei vertrauen. Von den staatsverweigernd eingestellten Befragten gab fast die

⁷ Hierfür wurden lineare bzw. binär-logistische Regressionsanalysen durchgeführt, wobei zusätzlich das Erhebungsjahr kontrolliert wurde.

⁸ Die Items lauteten (Ribeaud et al. 2017): «Es ist in Ordnung, Gruppen zu unterstützen, die mit Gewalt gegen Ungerechtigkeiten kämpfen», «Es ist manchmal nötig, mit Gewalt, Anschlägen oder Entführungen für eine bessere Welt zu kämpfen», «Manchmal müssen Menschen zu Gewalt greifen, um ihre Werte, Überzeugungen oder ihren Glauben zu verteidigen» und «Es ist manchmal nötig, Gewalt anzuwenden, um gegen Dinge zu kämpfen, die sehr ungerecht sind».

Hälfte an (46,7 %), der Polizei nicht zu vertrauen; von den demokratisch eingestellten Befragten waren es nur 6,1 %.

Zuletzt wurden die Befragten gebeten, auf einer Skala von «1 – gar nicht zufrieden» bis «10 – vollkommen zufrieden» auf die Frage «Ganz allgemein gefragt: wie zufrieden sind Sie mit Ihrem Leben?» zu antworten. Die in Tabelle 4 abgebildeten Mittelwerte belegen, dass staatsverweigernd eingestellte Befragte eine signifikant geringere Lebenszufriedenheit aufweisen als die anderen beiden Einstellungsgruppen.

Tabelle 4: Einschätzungen nach Einstellungsgruppe (Befragung 2018 und 2021 kumuliert; «n.s.» nicht signifikant bei $p < .05$; gewichtete Daten)

	demokratisch eingestellt	ambivalent eingestellt	staatsverweigernd eingestellt	p	Gruppenvergleich ($p < .05$)*
Rechte Einstellungen: Nationalismus (in %)	18.8	39.6	51.7	< .001	1/3
Rechte Einstellungen: Muslimfeindlichkeit (in %)	9.5	27.0	36.3	< .001	1/3
Rechte Einstellungen: Ausländerfeindlichkeit (in %)	18.4	41.2	51.1	< .001	1/3
Rechte Einstellungen: Homophobie (in %)	8.2	14.9	22.6	< .001	1/3, 2/3
gewaltbereite extremistische Einstellungen (in %)	3.2	11.8	36.2	< .001	1/3, 2/3
Schusswaffe im Haushalt, die keine Militärwaffe ist (in %)	3.6	4.5	3.2	n.s.	-
für Todesstrafe (in %)	13.6	25.6	36.7	< .001	1/3
vertraue Polizei nicht (in %)	6.1	16.2	46.7	< .001	1/3, 2/3
Lebenszufriedenheit	8.10	7.79	6.49	< .001	1/3, 2/3

* Unter Kontrolle sämtlicher sozio-demografischer Merkmale aus Tabelle 3 und des Erhebungsjahrs

4. Diskussion und Handlungsempfehlungen

Anhand von zwei Befragungen wurde in diesem Beitrag dem Phänomen der Staatsverweigerer in der Schweiz nachgegangen. Die Befragungen weisen verschiedene Limitationen auf, wobei der zweifellos grösste Nachteil darin liegt, dass sie nicht zur Untersuchung der Staatsverweigerer-Thematik durchgeführt wurden und daher kein eigenes Instrument zur Erfassung entsprechender Einstellungen verwendet wurde, wenngleich auch zu erwähnen ist, dass ein etabliertes Instrument bisher noch gar nicht existiert. Insofern Staatsverweigerer i.d.R. verschwörungstheoretisch fundiert Demokratie und Staat ablehnen, erscheint das hier genutzte Instrument, welches Demokratie-/Staatsablehnung und Verschwörungsmentalitäten kombiniert, ein durchaus valides Instrument zu sein, um staatsverweigernde Einstellungen sichtbar zu machen. In jedem Fall wäre aber wünschenswert, wenn weitere Studien sich der Entwicklung eines geeigneten Instruments widmen würden.

Gezeigt werden konnte, dass die Demokratie-/Staatsablehnung in der Schweiz sehr selten ist: Nur 2,8 % der Befragten äusserten sich entsprechend; Verschwörungsmentalitäten kommen deutlich häufiger vor. Sowohl eine demokratie-/staatsablehnende Haltung als auch ein verschwörungstheoretisches Denken weisen 1,9 % der Befragten auf. Diese erste für die Schweiz vorgenommene Schätzung zur Grösse der Staatsverweigerer-Szene ist abhängig von den gewählten Cutoff-Werten; würden diese extremer angesetzt, würde die Schätzung geringer ausfallen. Zugleich belegt dieser Anteil, dass staatsverweigernde Einstellungen nur bei einer kleinen Minderheit der Schweizer Bevölkerung zu finden sind, dass sie aber möglicherweise verbreiteter sind, als dies bislang angenommen werden konnte. Auf die Bevölkerung hochgerechnet würde dieser Anteil einer Anzahl von mehreren zehntausend Staatsverweigerern entsprechen. Zu beachten ist, dass hier nur Einstellungen, keine Verhaltensweisen untersucht

wurden. Die Anzahl an Personen, die staatsverweigernde Einstellungen tatsächlich auslebt, dürfte daher weit niedriger liegen. Im Vergleich der beiden Erhebungsjahre zeigt sich zudem ein signifikanter Anstieg des Anteils staatsverweigernd eingestellter Personen von 1,3 auf 2,4 %; zugleich nimmt der Anteil demokratisch eingestellter Personen zu. Dies ist ein Hinweis darauf, dass in der Bevölkerung tatsächlich eine verstärkte Polarisierung zwischen Demokraten auf der einen Seite, Staatsverweigerern auf der anderen Seite auftritt.

Einige Befunde der hier als staatsverweigernd eingestuften Befragten unterstreichen, dass es sich um eine Gruppe mit einer gewissen Gefährlichkeit handelt. So vertraut fast die Hälfte der Polizei nicht. Damit ist zwar nicht belegt, dass die Polizei als Feind gesehen wird, dem gegenüber auch Gewalt anwendbar ist. Eine Distanzierung gegenüber dieser wichtigen gesellschaftlichen Institution wird aber gleichwohl deutlich. Mehr als ein Drittel stimmt daneben Aussagen zu wie «Manchmal müssen Menschen zu Gewalt greifen, um ihre Werte, Überzeugungen oder ihren Glauben zu verteidigen». Auch dies belegt nicht, dass man bereit ist, diese Gewaltbereitschaft eins zu eins in die Tat umzusetzen; gleichwohl ist das Gewaltpotenzial ungleich höher als bei Personen, die sich mit der Demokratie identifizieren. In einer anderen Hinsicht konnten die Ergebnisse aber zunächst Entwarnung geben: Eine häufigere Verfügbarkeit von Schusswaffen ist bei staatsverweigernd eingestellten Personen aktuell scheinbar nicht gegeben; generell sind Schusswaffen, die keine Militärwaffen sind, selten in Haushalten zu finden.

Die Befunde konnten daneben belegen, dass staatsverweigernde Einstellungen mit verschiedenen rechten Orientierungen korrelieren (Nationalismus, Muslimfeindlichkeit usw.). Diese Szene ist demnach stärker dem rechten politischen Spektrum zuzuordnen, wenngleich sie mit diesem nicht gleichgesetzt werden darf, insofern noch immer nicht wenige Befragte mit staatsverweigernden Einstellungen keine Zustimmung zu diesen Orientierungen äusserten.

Sozio-demografisch lassen sich staatsverweigernd eingestellte Personen wie folgt charakterisieren: Es handelt sich seltener um hochgebildete Personen, die sich häufiger in einer ökonomisch prekären Lage befinden. Sie kommen etwas häufiger in der Westschweiz vor und sind jüngeren Alters. Gerade der letzte Befund ist vor dem Hintergrund des Forschungsstandes («Radikalisierung der zweiten Lebenshälfte») überraschend, könnte aber auf eine Besonderheit der schweizerischen Szene hindeuten, in der auch jüngere Personen stärker aktiv sind. Auffälligkeiten mit Blick auf das Geschlecht oder den Migrationshintergrund finden sich nicht. Deutlich wird damit, dass auch Frauen zumindest staatsverweigernde Einstellungen aufrechterhalten, wenn sie auch im Verhalten möglicherweise weniger in Erscheinung treten.

Wird sich abschliessend mit der Frage beschäftigt, wie ein geeigneter Umgang mit Staatsverweigerern aussehen könnte, so ist zunächst darauf zu verweisen, dass bislang keine best- oder good-practice Massnahmen existieren. Verschiedene Behörden werden aber mit dem Handeln von Staatsverweigerern bzw. in Deutschland Reichsbürgern konfrontiert, weshalb sie Handreichungen für die Mitarbeitenden erarbeitet haben, die Orientierung im Umgang mit diesen Personen geben sollen. Das Ministerium des Innern des Landes Nordrhein-Westfalen⁹ formuliert u.a. folgende Empfehlungen:

- Lassen Sie sich nicht auf rechtliche Diskussionen ein.

⁹ https://www.im.nrw/sites/default/files/media/document/file/Brosch%C3%BCre_Reichsbuerger.pdf

- Weisen Sie Stellungnahmen, in denen die Rechtmässigkeit der Behörden, ihrer Entscheide usw. angezweifelt werden, als unbegründet zurück. Suchen Sie nicht nach einem Konsens.
- Beschränken Sie den Schriftwechsel auf das absolut rechtlich notwendige Mass.
- Lassen Sie sich bei Telefonaten nicht auf Diskussionen ein und zeigen Sie kein Verständnis. Telefonate (aber auch persönliche Gespräche) werden häufig aufgezeichnet und mit personenbezogenen Daten ins Internet gestellt.
- Verfolgen Sie Verstösse konsequent; erstatten sie bei Zuwiderhandlungen gegen Strafnormen Anzeige.
- Melden Sie Personen, bei denen Hinweise auf eine Zugehörigkeit zur Staatsverweigerer-Gruppe vorliegen, der Polizei.
- Achten Sie beim Vollzug von Massnahmen und bei persönlichen Gesprächen verstärkt auf Eigensicherung (zum Beispiel weitere Mitarbeiter im Büro, geöffnete Verbindungstür).

In anderen deutschen Bundesländern lauten die empfohlenen Massnahmen ähnlich. Das Bundesland Thüringen formuliert bspw.¹⁰:

- Lassen Sie sich auf keine Diskussionen ein und bewahren Sie Ruhe. Geben Sie keinesfalls nach und geben Sie dem Staatsverweigerer in seiner Argumentation nie Recht.
- Beleidigungen, Bedrohungen und weitere strafrechtlich relevante Verhaltensweisen sollten unverzüglich den Strafverfolgungsbehörden angezeigt werden.
- Geben Sie auf konkret gestellte Anträge nur eine kurze schriftliche Antwort, denn Erläuterungen der Rechtsfragen überzeugen den Antragstellenden meistens nicht und ziehen regelmässig weitere Schreiben nach sich.
- Bei z.B. Zahlungsverweigerung bei Gebühren oder Verletzung der Ausweispflicht sollten die Möglichkeiten der Ahndung durch Verhängung eines Bussgeldes und die Vollstreckung im Verwaltungswege konsequent genutzt werden.
- Beglaubigen Sie keine Schriftstücke von Staatsverweigerern.

Werden die verschiedenen Handlungsempfehlungen betrachtet, so lassen sich gewisse Folgerungen für den Umgang mit Staatsverweigerern in der Schweiz formulieren:

1. Es ist eine Sensibilisierung von Behörden-Mitarbeitenden nötig, um die typischen Vorgehensweisen und Narrative (z.B. «Mensch ungleich Person», «Staat ist gleich Firma») der Staatsverweigerer zu kennen, bspw. über Weiterbildungen oder interne Informationsflyer. Dadurch wird auch die Wachsamkeit erhöht, einmal mit Blick auf Personen, die sich entsprechend verhalten, andererseits in Bezug auf die Mitarbeitenden selbst, die um die Risiken des Kontakts mit Staatsverweigerern wissen müssen (Risiko sowohl in Bezug auf die eigene Sicherheit, aber auch in Bezug auf die mögliche Stärkung der Position der Staatsverweigerer durch das Einlassen auf deren Argumentation oder der Akzeptanz von deren Dokumenten).
2. Ein konsequentes Handeln der Behörden bei Staatsverweigerer-Fällen ist notwendig. Dieses schliesst u.a. ein, dass sich an die Standard-Abläufe und -Prozesse gehalten wird, mit allen negativen Konsequenzen für den Staatsverweigerer; Ausnahmen sollten keinen Platz haben. Das konsequente Handeln schliesst daneben ein, dass straf- und

¹⁰ <https://verfassungsschutz.thueringen.de/reichsbuerger>

zivilrechtliche Schritte ergriffen werden, Fehlverhalten mithin verfolgt bzw. angezeigt wird.

3. Eine zwischenbehördliche Vernetzung und ein Erfahrungsaustausch, bestenfalls über Kantongrenzen hinweg, kann bei der Entwicklung von Praktiken im Umgang mit Staatsverweigerern helfen. Bestenfalls wird innerhalb einer Organisation eine zentrale Ansprechperson bestimmt, so dass ein Expertisenaufbau erfolgen kann, die zu kontaktierenden Personen bekannt und die Verantwortlichkeiten geklärt sind. Es ist davon auszugehen, dass die Staatsverweigerer-Mentalität so schnell nicht verschwinden wird und daher die Behörden weiterhin mit diesem Phänomen konfrontiert sein werden.

Literatur

Baier, D. (2019). Kriminalitätsofererfahrungen und Kriminalitätswahrnehmungen in der Schweiz. Ergebnisse einer Befragung. Zürich: Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften.

Baier, D. (2022). Sozio-politische Einstellungen in der Schweizer Bevölkerung vor und während der Covid19-Pandemie. Zürich: Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften.

Baier, D., Biberstein, L., Markwalder, N. (2022). Kriminalitätsofererfahrungen der Schweizer Bevölkerung: Entwicklungen im Dunkelfeld 2011 bis 2021. Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften: Forschungsbericht.

Bundesministerium des Innern und für Heimat (2022). Verfassungsschutzbericht 2021. Berlin.

Bundesamt für Verfassungsschutz (n.d.). Reichsbürger und Selbstverwalter. Zahlen und Fakten. https://www.verfassungsschutz.de/DE/themen/reichsbuerger-und-selbstverwalter/zahlen-und-fakten/zahlen-und-fakten_node.html (Abruf: 11.3.2023).

Gerny, N. (2022). «In der Schweiz ist die Staatsleugner-Szene extrem heterogen». Neue Zürcher Zeitung, 12.12.2022.

Goertz, S. (2021). Identitäre Bewegung – Reichsbürger – Selbstverwalter. Eine aktuelle Analyse. SIAK-Journal 1/2021, S. 56-68.

Hamedinger, F. (2020). Strafvollzug und Radikalisierungsprozesse. Islamismus, politischer Extremismus, Staatsverweigerer und andere staatsfeindliche Konstrukte. Dissertation, Johannes Kepler Universität Linz.

Hirndorf, D. (2023). „Kein Staat, meine Regeln“. Repräsentative Umfrage zur Verbreitung von Reichsbürger- affinen Einstellungen in der deutschen Bevölkerung. Berlin: Konrad-Adenauer-Stiftung.

Imhof, R. (2014). Fragebogen zur Erfassung von Verschwörungsmentalität – Kurzform. In: Kemper, C.J., Brähler, E., Zenger, M. (Hrsg.), Psychologische und sozialwissenschaftliche Kurzskaalen. Standardisierte Erhebungsinstrumente für Wissenschaft und Praxis. Berlin: Medizinisch Wissenschaftliche Verlagsgesellschaft, S. 334-336.

Keil, J.-G. (2017). Zwischen Wahn und Rollenspiel – das Phänomen der „Reichsbürger“ aus psychologischer Sicht. In D. Wilking (Hrsg.), Reichsbürger – Ein Handbuch (3. Aufl.). Demos – Brandenburgisches Institut für Gemeinwesenberatung, S. 54-115.

Keil, J.-G. (2018). «Reichsbürger» und Selbstverwalter – (k)ein Problem der Jugend. Zeitschrift für Jugendkriminalrecht und Jugendhilfe 2/2018, S. 126-131.

Keil, J.-G. (2021). Zur Abgrenzung des Milieus der „Reichsbürger“ – Pathologisierung des Politischen und Politisierung des Pathologischen. Forensische Psychiatrie, Psychologie, Kriminologie 15, S. 255-273.

Lippert, L. (2023). Tausende lehnen den Staat ab. Beobachter, 17.2.2023.

Rathje, J. (2021). «Reichsbürger» und Souveränismus. Aus Politik und Zeitgeschichte, 35/36, S. 34-40.

Ribeaud, D., Eisner, M., Nivette, A. (2017). Können gewaltbereite extremistische Einstellungen vorausgesagt werden? Forschungsmemo. Universität Zürich.